Eingang: 24.11.14

V 151/14

Antrag der Gruppe FDP/BFH für die Ratssitzung am 09.12.14

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

für die Ratssitzung am 09.12.2014 stellt die Gruppe FDP/BFH folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen bauleitplanerischen Maßnahmen durchzuführen, um weitere Handelsansiedlungen mit zentrenrelevanten Sortimenten an der Peripherie unserer Stadt zu vermeiden und um damit einer weiteren Schwächung unserer Innenstadt vorzubeugen.

Begründung:
Es ist dringend notwendig, weitere Handelsansiedlungen an der Peripherie Helmstedts auszuschließen, um unsere Innenstadt in ihrer Bedeutung als gesellschaftliches Zentrum nicht noch weiter zu schwächen. Wir nehmen Bezug auf die Vorlage V136/2011, die diese Problematik ausführlich beschreibt und die am 29. September 2011 im Rat beraten und hinsichtlich der Aufstellung einer entsprechenden Bebauungsplanung beschlossen wurde. Diese hat aber keine entsprechende Wirkung entfaltet, sodass sich dennoch neue Einzelhandelsgeschäfte geballt an der Emmerstedter Straße ansiedeln konnten, wodurch nun für die Innenstadt wichtige Besucherfrequenz erneut an den Stadtrand verlagert wird.

Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass das Bundesbauministerium im Weißbuch Innenstadt bereits 2011 Handelsansiedlungen am Stadtrand kritisch eingestuft hat. Auch sehen die aktuell geplanten Gesetzesänderungen vor, im Rahmen der Stadtentwicklung die Bebauung und Handelsansiedlungen in den Innenstädten eindeutig zu bevorzugen; hierdurch soll der demographischen Entwicklung und der schonenden Nutzung unserer natürlichen Ressourcen viel besser als bisher Rechnung getragen werden.

Wir bitten alle Ratskolleginnen und –kollegen, unserem Antrag zuzustimmen. Denn: das Bekenntnis des Rates zur Innenstadt, und damit zu unserer Stadt als Ganzes, ist bisher immer nur ohne Verbindlichkeit der bauleitplanerischen Absicherung formuliert worden. Wer es ernst meint, die Innenstadt fördern zu wollen und für faire Wettbewerbsstrukturen einzustehen, muss auch für die entsprechende Bauleitplanung sorgen.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Schadebrodt

Petra Schadebrodt
Gruppe FDP/BFH

Helmstedt, den 24. November 2014